



Rat der Danziger + Charlottenstr. 17 / MBE 117 + 10117 Berlin

Berlin, den 13. September 2012

Frau
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Petition des Rates der Danziger an den Generalsekretär der Vereinten Nationen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

der Rat der Danziger als das von den vertriebenen Danzigern seit nunmehr 65 Jahren frei gewählte Exilorgan überreicht Ihnen den Abdruck der an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN) gerichteten Petition mit der dringenden Bitte, die Probleme der völkerrechtlichen Ansprüche der Danziger alsbald aufzugreifen.

Mit dem vorliegenden Schreiben über die erneute Eingabe knüpft der Rat der Danziger (Rat), der inzwischen neben seinem Auftrag auch mit der Wahrnehmung der exekutiven Aufgaben der bisherigen *Vertretung der Freien Stadt Danzig* beauftragt worden ist, an die zahlreichen Bemühungen, kooperativen Maßnahmen und Erörterungen an, mit denen die Existenz des vertriebenen und aus der Heimat verbannten Danziger Staatsvolkes (noch über 300 000 Menschen) und ihrer Nachkommen durch Einrichtungen der Bundesrepublik erleichtert wurde.

Vollen Umfangs nimmt der Rat auf seine Eingaben aus den Jahren 1995 und 1998 Bezug, insbesondere auf den Antrag vom 22. April 1995 an den Generalsekretär der VN, sich auf der Grundlage der von den VN übernommenen Aufgaben des Völkerbundes mit der Danziger Frage zu befassen. Besonders hervorzuheben ist auch die eingehend begründete Petition an die damaligen Kriegsparteien vom 22. Mai 1995, in der die völkerrechtliche Lage der Danziger im Exil unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker dargestellt worden ist. Abdrucke dieser beiden Petitionen sind diesem Schreiben nochmals beigelegt.

In zahlreichen Stellungnahmen, auch an Einzelpersonen, weist das Auswärtige Amt zu Recht darauf hin, dass über Danzig zum Zwei-Plus-Vier-Vertrag nicht verhandelt werden konnte, weil Danzig durch den Versailler Vertrag vom Deutschen Reich abgetrennt worden war. Offen geblieben ist aber nun die Frage, wie nach dem Verzicht auf einen Friedensvertrag mit Deutschland das völkerrechtliche Problem für Danzig zu lösen wäre, das die Alliierten in Potsdam bis zur Friedenskonferenz unter vorläufige polnische Verwaltung gestellt hatten.

Ein Informationsaustausch hat nicht nur mit den Beamten des Auswärtigen Amtes stattgefunden. Zu erinnern ist hier zum Beispiel an die jahrelange enge Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) bei dem Versuch des Bürgermeisters von Bremen, die Verlagerung von am Ende des Krieges geretteten privaten Kulturgütern der "Naturforschenden Gesellschaft in Danzig" nach Danzig zu verhindern. Auch der damalige Außenminister Fischer hatte sich hier im Sinne der Berücksichtigung deutscher und Danziger Rechtsinteressen persönlich eingeschaltet. Viele Tagungen der Danziger Naturforschenden Gesellschaft und anderer Danziger Einrichtungen wie Rat, Bund, Kulturwerk Danzig, Akademischer Freundeskreis Danzig-Westpreußen und Mu-

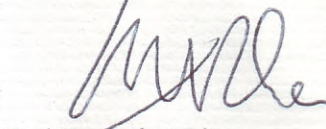
seum Haus Hansestadt Danzig sowie die Veröffentlichung von Sachbücher sind durch das BMI gefördert worden.

Bei allen Kontakten mit Bundesministerien, aber auch mit Landesministerien und anderen öffentlichrechtlichen Institutionen über die Danzig und die Danziger betreffenden Angelegenheiten haben alle Danziger Exilorgane stets besonderen Wert darauf gelegt, Einzelpersonen und kleine Abspaltergruppen nicht anzuerkennen, die eine Gefährdung für den Auftrag der gewählten Organe der vertriebenen Danziger zur Rechtswahrung bedeuten. Ein deutliches Beispiel für die Durchbrechung dieser Danziger Grundordnung und Grundhaltung sind die so genannten "Danziger Exilregierungen" mit dem Ziel der territorialen Wiederherstellung des Staates „Freie Stadt Danzig“ von 1920.

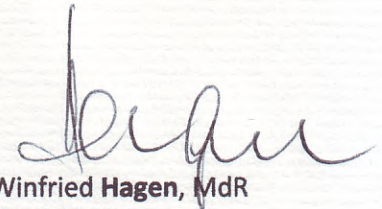
Die vom Rat der Danziger vertretene Grundhaltung wird am deutlichsten durch die jeweiligen Erklärungen des Rates seinen Wahlperioden dargestellt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird gebeten, die Danziger Volksgruppe und ihre Nachkommen, vertreten durch den Rat der Danziger, in ihrem Ringen um gerechte und sachgerechte Lösungen zu unterstützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Carl Narloch, MdR
Präsident



Winfried Hagen, MdR
Vizepräsident

nachrichtlich an:

- 1) Vizekanzler und Bundesminister für Auswärtiges, Herrn Dr. Guido Westerwelle
- 2) Bundesminister des Inneren, Herrn Hans-Peter Friedrich